

Kein Buch für den „Coffee Table“. Thorsten Schäfer-Gümbels neues Buch zeigt, dass die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann

Rezension zum Buch von Thorsten Schäfer-Gümbel „Die Sozialdigitale Revolution“ von Maxim Menschenin (SPD Hessen-Süd)

Thorsten Schäfer-Gümbels Buch „Die sozialdigitale Revolution. Wie die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann“ wird allein schon durch zwei einfache Umstände bemerkenswert. Einesteils ist es ein Buch mit SPD-Bezug, das auf eine erfrischende Weise mal nicht „Elend“, „Burnout“, „Absturz“ und „Existenzkrise“ im Titel trägt und somit nicht zur neuen Gattung des SPD-Bashings gehört. Andererseits arbeitet der Autor, immerhin Vizevorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, mit dem Begriff der „Revolution“. Eingedenk der vermeintlich sozialdemokratischen Tradition, bereits schon bei „Visionen“ Arztbesuche anzuordnen, ist auch dies durchaus „revolutionär“.

Nun beschreitet der Autor mitnichten die Wege des Marxismus-Leninismus, sondern beschreibt die sozialdigitale Revolution als vierte industrielle Revolution nach der Umwälzung durch die Mechanisierung im 19. Jahrhundert, dem Beginn der systematischen Arbeitsteilung am Anfang und dem Siegeszug der Computer ab Mitte des 20. Jahrhunderts. Alle vorangegangenen industriellen Revolutionen wurden von der SPD nicht bloß hingenommen, sondern mitgestaltet. Die Kernthese des Buches ist also, dass es bei dieser nicht anders sein soll und dass der Sozialdemokratie die Aufgabe zukommt, die gesamtgesellschaftliche Debatte zu initiieren und in die Parlamente zu tragen. Der bürgerliche Leser kann also aufatmen – in dieser Forderung steckt weitaus mehr Habermas als Marx.

Die vierte industrielle Revolution erhält das Attribut „sozialdigital“. Mit dieser Wortneuschöpfung unterstreicht der Autor, dass uns nicht nur ein „Tech-Change“, sondern auch ein „People-Change“ bevorsteht. Um diesen Wandel nicht nur als Zaungast zu begleiten, muss die Politik in einen Gestaltungsmodus kommen. Der Vorzug des Buches liegt – entgegen einiger Kritiken – gerade darin, dass es uns diesen Wandel erst verstehen lässt, bevor es in den Gestaltungsmodus schaltet und durchaus einige konkrete Handlungsanweisungen empfiehlt.

Des Autors Beschreibung des digitalen Ist-Zustands in Deutschlands liest sich stellenweise wie die übliche Berichterstattung über die SPD: Entwicklungen seien verschlafen worden, die Debatten seien hoffnungslos verschlagwortet und die Akteur*innen seien entlang der Pole „dafür“ und „dagegen“ heillos zerstritten. Unterdessen wird der digitale Wandel von China und den USA ausgehend durch eine Reihe von sogenannten Plattformkonzernen – besser bekannt unter den Namen Amazon, Google, Facebook und Co – scheinbar unaufhaltsam vorangetrieben. Die Deutschen hingegen glauben, dass sie sich zwischen „Digitalisierung first“ und „Bedenken first“ entscheiden müssen und lähmen sich dadurch selbst. Dabei geht unter, dass wir mit der DS-GVO (Datenschutzgrundverordnung) und dem NetzDG (Netzdurchsetzungsgesetz) durch eine original sozialdemokratische Gesetzgebung Bedenken aufgefangen haben, ohne den digitalen Wandel auszubremsen. Außerdem passt die „kalifornische Ideologie“ von Apple und Konsorten nur begrenzt zur „Ingenieurnation Deutschland“, mit ihren vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Der Autor betont mehrfach, dass der digitale Wandel die KMU vor besondere Herausforderungen stellt und der Anschluss Deutschlands an die vierte industrielle Revolution nur mit der Digitalisierung dieser Unternehmen gelingen kann. Wie die Politik diese Entwicklung mitgestalten kann, arbeitet der Autor in den sieben Kapiteln seines Buches heraus.

Die Kapitel befassen sich jeweils mit dem Wandel der Arbeitswelt, der Aufgabe des Bildungssystems, der Rolle des Sozialstaats, der Bedeutung des Datenschutzes, der Problematik der Plattformökonomie, der Ethik und der Verwaltung in Zeiten der Digitalisierung. Die thematische Breite des Buchs wird nicht zuletzt dadurch gerechtfertigt, dass Revolutionen sich nicht an thematische

Grenzen halten. Die Argumente und Fakten zieht der Autor wiederum aus seiner weitreichenden beruflichen Erfahrung und seiner persönlichen Auseinandersetzung mit dem Thema. Der Autor hat mit Unternehmer*innen, Journalist*innen und Wissenschaftler*innen gesprochen, die allesamt denkbar tief in der Materie stecken. Er ist dafür nicht nur nach Berlin, sondern auch nach China gereist. Er hat ein profundes Interesse an dem Thema und lebt den digitalen Wandel – als Digital Native mit analogem Migrationshintergrund – vor.

Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass die Halbwertszeiten von Wissen und Kompetenzen immer kürzer werden. Dem gegenüber ist keine Tendenzwende bei einer demografischen Entwicklung zu beobachten, der zufolge der Altersdurchschnitt der Gesellschaft steigt. Der beruflichen Weiterbildung kommt deshalb eine besondere Rolle zu, damit Arbeitsplätze gesichert werden. Dies kann nur gelingen, wenn, sich Arbeitgeber*innen zur ihrer Verantwortung bekennen und die Politik eine angemessene Arbeits- und Sozialgesetzgebung – z. B. in Form eines solidarischen Grundeinkommens und eines Wahlarbeitszeitgesetzes – liefert.

Unternehmen verordnen sich zunehmend selbst eine Start-Up-Kur, um eine ähnlich kreative und produktive Arbeitsatmosphäre zu schaffen. Flache Hierarchien, dezentrale Arbeitsplätze und agile Herangehensweisen haben sich in vielen Bereichen als die besseren Organisationsformen erwiesen. Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, dass z. B. das Crowdfunding als das Ausschreiben von Dienstleistungen an (Einzel-)Unternehmer*innen einerseits gute Verdienstmöglichkeiten für Berufsanfänger*innen bietet, andererseits aber auch ein Heer von „digitalen Tagelöhner*innen“ hinterlassen könnte.

Der Autor schließt das Kapitel mit einer Kritik am klassischen Wachstumskonzept. Im Rahmen des digitalen Wandels muss Wachstum nachhaltig und ganzheitlich gedacht werden, damit Arbeitsplätze auf einem soliden Fundament ruhen.

Berufliche Weiterbildung kann nur daran anknüpfen, was die schulische, duale und universitäre Bildung zuvor geschaffen haben. Der Autor kritisiert zurecht, dass sich die Digitalisierung von Schulen zu oft darin erschöpft, Ipad's zu verteilen und elektronische Whiteboards anzubringen. Er schlägt stattdessen sechs zentrale Punkte vor, damit Schulen nicht nur auf irgendein berufliches Spezialistentum, sondern auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Gesellschaft vorbereiten: 1) Die politisch-kulturelle Bildung muss gestärkt werden, um Schüler*innen einen ethischen Kompass und ein intellektuelles Rüstzeug an die Hand zu geben. 2) Die Lehrerbildung muss zum Ziel haben, sowohl Fachwissenschaftler*innen als auch Pädagogen hervorzubringen. 3) Ganztagschulen sind gerechtere Lernorte, weil einige Kinder dort die Hausaufgabenbetreuung erfahren, die sie aufgrund der beruflichen Inanspruchnahme ihrer Eltern zu Hause nicht erfahren würden. 4) Bildung muss gebührenfrei bleiben. 5) Die Verbesserung der technischen Ausstattung von Schulen geht Hand in Hand mit der Stärkung der digitalen Kompetenz der Lehrer*innen. 6) Gymnasien müssen mehr auf den Berufsalltag vorbereiten.

Innovationsförderndes Denken entsteht eher, wenn man versucht, Probleme zunächst zu verstehen, als wenn man gleich an ihrer sofortigen Lösung arbeitet. Diese Herangehensweise wird Design Thinking genannt und stellt ein probates pädagogisches Konzept für den digitalen Unterricht dar. Ein weiterer konkreter Vorschlag des Autors besteht darin, das dichte Netz der Volkshochschulen als Orte des digitalen Lernens zu stärken. Wie eingangs angedeutet, haben die KMU Schwierigkeiten, ihre Mitarbeiter*innen berufsbegleitend weiterzubilden und zu qualifizieren. Volkshochschulen könne daher das bestehende Angebot der Fachverbände und Handelskammern erweitern.

Durch Spardiktate und Kooperationsverbote hat sich die Politik auch in diesem Bereich allerdings ihrer Gestaltungsmacht beraubt. Die Zukunft zu gestalten heißt vor allem, dass man in die Zukunft investiert. Um diese Investitionen in das Bildungssystem zu finanzieren, hat der Autor auch eine passende und denkbar einfache Idee parat: Statt Schulden aufzunehmen, soll umverteilt werden, indem konsequent gegen die sogenannte „Steuervermeidung“ oder „Steuerflucht“ (beides sind verniedlichende Ausdrücke für pseudolegale Formen von Steuerhinterziehung) vorgegangen wird. Dafür muss sich die SPD für eine europaweit einheitliche Steuergesetzgebung und eine bessere Vernetzung zwischen den Finanzbehörden starkmachen.

Im Hinblick auf die Rolle des Sozialstaats erteilt der Autor dem bedingungslosen Grundeinkommen gleich eine Absage. Es ist zu revolutionär für unsere Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit konstitutiv für den Sozialstaat ist. Außerdem sollten einige Unterstützer*innen des Modells misstrauisch stimmen. Dazu gehört Siemens-Vorstand Joe Kaeser, dem der Autor vorwirft, „mit der Einführung eines bindungslosen Grundeinkommens die negativen Folgen seines betriebswirtschaftlichen Konzepts zu sozialisieren.“

Stattdessen bricht der Autor noch einmal eine Lanze für das Chancenkonto. Dessen Idee ist es, jedem*r Bürger*in ein von der Solidargemeinschaft finanziertes Konto zur Verfügung zu stellen, über das er*sie nach der Ausbildung frei verfügen kann, um es als Startkapital, für Fortbildungen, Sabbaticals, den vorzeitigen Ruhestand usw. zu nutzen. Das Ziel ist nichts weniger als eine scheinbare Quadratur des Kreises – ein Modell, das solidarisch finanziert wird, aber jeder Person mehr persönliche Freiheiten als bisher einräumt, um die Übergänge zwischen den einzelnen Arbeits- und Lebensphasen fließender zu gestalten. Das Chancenkonto soll jedem*r zugutekommen, weshalb es durch eine gerechtere Erbschaftssteuer finanziert werden soll. Die Umverteilung findet somit zugunsten derer statt, denen ein erfolgreicher Bildungsweg nicht in die Wiege gelegt wird.

Die Flexibilisierung von Beschäftigung ist nicht mehr nur Lieblingsthema der Wirtschaftsliberalen, sondern auch der Sozialdemokratie. Denn diese muss nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern kann – z. B. im Hinblick auf die Flexibilisierung von Renteneintritten – auch zu deren Gunsten gehen. Hier kommt den Gewerkschaften eine besondere Rolle zu, die ihre Suche nach „kleinteiligen und fluiden Formen von Beteiligung und Vertretung“ forcieren sollten, damit auch „Crowd- und Klick-Worker“ sowie „Solo-Selbständige“ von ihnen repräsentiert werden.

Außerdem erhebt der Autor die Forderung, dass unser Dreisäulen-Rentenmodell (d. h. Sozialversicherung, betriebliche Rente und Sozialversicherung) wieder solidarisch werden muss. Die Rentenkassen der berufsständischen Versorgungswerke privilegieren ausgewählte Berufsgruppen und sind nicht nur unsolidarisch, sondern werden durch Niedrigzinsphasen wirtschaftlichem Druck ausgesetzt. Die individuellen Vorsorgemodelle der Unternehmen sind ähnlich unsicher und die Schaffung von überbetrieblichen Vorsorgeinstitutionen, wie z. B. im Bausektor gesehen, kann dem entgegenwirken. Auch Plattformunternehmen sind gefordert sich hieran zu beteiligen.

Als China-Experte der SPD zeigt der Autor, dass der digitale Wandel dort in einer atemberaubenden Geschwindigkeit und einem beeindruckenden Umfang erfolgt. Dies wurde teilweise nur möglich, weil eben keinerlei „Bedenken“ angemeldet worden sind und Datenschutz dementsprechend keine Rolle spielt. Mit dem viel zitierten Social-Credit-System könnte zudem die Dystopie des vollkommen gläsernen Menschen wahrwerden.

Durch die DS-GVO sind wir in Europa wiederum dem Ziel nähergekommen, die Selbst- und nicht die Fremdbestimmung zur Maßgabe im Umgang mit Daten zu erheben. Daran müssen sich dem Autor

zufolge noch weitere Maßnahmen anschließen. So sollen technische Geräte mit der Werkseinstellung ausgeliefert werden, welche die größtmögliche Datensicherheit gewährleistet („Privacy by default“). Außerdem soll ein Beschäftigtendatenschutzgesetz eine Art Social-Credit-System für den Arbeitsplatz und somit die „gläserne Belegschaft“ verhindern. Des Weiteren müssen AGBs kürzer und verständlicher formuliert und die bestehenden Datenschutzgesetze alle zwei Jahre ernsthaft evaluiert werden.

Die SPD hat nachweislich geliefert, was den Datenschutz in Europa und Deutschland angeht. Wie des Autors Forderung nach einer routinemäßigen Evaluation von Datenschutzgesetzen zeigt, ist bei der Datensicherheit der Weg das Ziel, da der beschleunigte Wandel ständig neue Herausforderung und auch Gefahren mit sich bringt.

Die Geschichte scheint mit Marc Zuckerbergs Ausspruch „Give people the power“ um einen Treppenwitz reicher zu sein. Facebook ist als Social-Media-Plattform nur auf den ersten Blick befreiend und emanzipierend. Bei näherer Betrachtung stellt der Autor fest, dass die Macht darüber, was schließlich gesagt werden darf und was Verbreitung findet, beim Plattformanbieter liegt. Das digitale Plattformunternehmen zeichnet sich durch eine einzigartige Ansammlung von Macht und Kapital aus und verfügt zugleich kaum über eigene physische „Assets“. Dem gleichen Prinzip folgen auch die anderen bekannten Plattformunternehmen. Ihre Erfolgsgeschichte ist einerseits beeindruckend. Andererseits streben sie danach, vom Marktteilnehmer zum Markt selbst zu werden. Durch ihre Monopol- und Oligopolstrukturen werden die Plattformkonzerne zu mächtig, als dass die Politik sie gewähren lassen könnte. Der Autor schlägt aber nicht deren Zerschlagung vor. Vielmehr sollte es darum gehen, die „Plattformkonzerne zu einer Öffnung ihrer Daten, Algorithmen, Indices, Quellcodes und Betriebssysteme zu zwingen, um diese anderen Unternehmen zur Verfügung zu stellen“.

Die Entwicklung ist umso bedenklicher, als dass Europa durchaus einige erfolgreiche Plattformkonzerne (z. B. FlixBus, BlaBlaCar, etc.), aber eben keine vom Schlage Amazons und Facebooks hervorzeigen kann. Der Autor stellt diesbezüglich klar, dass es gerade für die KMU im Bereich des B2B-Geschäfts, das heißt im Geschäft zwischen Firmen, durchaus noch Chancen gibt, erfolgreiche Plattformen zu gründen.

Das Kapitel schließt mit der Forderung, auch weiterhin für die Netzneutralität zu kämpfen. In den USA wurde vor Kurzem die Regelung gekippt, dass Unternehmen einen mehr oder minder gleich schnellen Zugang zum Internet genießen. Dies sorgt für Ungleichheit und verstetigt bestehende Nachteile. Somit geht es bei der Netzneutralität „in erster Linie gar nicht um eine Frage der fairen Marktbedingungen, sondern vor allem um eine Frage unserer Werte“.

Ein besonders spannendes Kapitel geht der Frage nach dem ethischen Handeln von Maschinen nach. Denn die Quantensprünge im Bereich des autonomen Fahrens und in der Automatisierung von Arbeit machen einen Klassiker der Moralphilosophie wieder aktuell: Das Trolley-Problem. Wenn also ein autonom fahrendes Fahrzeug in einen Unfall gerät, bei dem es entscheiden muss, ob es a) weiterfährt und fünf Menschen tötet oder b) das Lenkrad umreißt und dabei einen Menschen tötet, muss es für die entsprechende Entscheidung programmiert werden – oder eben nicht. Kann man aber der Maschine eine Ethik beibringen, die zwischen Menschenleben abwägt? Die Debatte um das Luftverkehrsgesetz hat gezeigt, dass dieses Abwägen zumindest in Deutschland grundgesetzwidrig und gegen die Menschenwürde wäre. Der Autor illustriert an diesem Beispiel, dass Technik allein nicht neutral sein kann und technische Innovationen wie das autonome Fahren oder auch die Gesichtserkennung von einem Ethikrat und einer parlamentarisch-öffentlichen Debatte begleitet werden müssen.

Der Autor bekennt sich im letzten Kapitel eindeutig zu einem starken Staat: „Als Sozialdemokrat glaube ich, dass dem Staat eine bedeutende Funktion im Leben der Bürgerinnen und Bürger zufällt. Er trägt die übergeordnete Verantwortung für das Gemeinwesen, ist für Straßen, Schulen und die Sicherheit zuständig und organisiert das solidarische Handeln der Bevölkerung. Einen Nachwächterstaat, der das soziale und wirtschaftliche Leben allein den Menschen überlässt und damit das Recht des Stärkeren fördert, will eigentlich niemand.“

Aber auch der vergleichsweise starke Staat in Deutschland steht vor erheblichen Effizienzproblemen. Mit dem demografischen Wandel gehen ihm demnächst etliche Bedienstete verlustig und es wurde bisher versäumt, ausreichend Nachwuchs für den öffentlichen Dienst einzuplanen.

Der Diskurs um die Digitalisierung der Verwaltung ist ähnlich wie im Bildungssystem denkbar verschlagwortet. Hessens bisherige Bemühungen bestanden vor allem darin, den „HessenPC“ als das wegweisende E-Government-Projekt zu preisen. Die Veränderungen müssen aber noch weitergehen, da es letztendlich um die funktionale Umsetzung der konkreten Bedürfnisse der Bürger*innen geht. Dafür bedarf es folgender Dinge: „Flexibilisierung und Dynamisierung der Arbeitsebenen und -zeiten; agiles Projektmanagement und -organisation; die Bereitschaft zur kontinuierlichen Verbesserung nutzerzentrierter Abläufe; die Einführung agiler technischer Kollaborationswerkzeuge und -methoden; die Stärkung von Eigenverantwortung und der Fähigkeit zum Empowerment; teamorientierte und abteilungsübergreifende Kooperationen und nicht zuletzt auch die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben“. Diese Auflistung beweist einmal mehr, dass der Autor weiß, wovon er spricht.

Wohl nicht grundlos heißt es oft, dass Bücher von Politiker*innen in den seltensten Fällen auch von diesen geschrieben worden sind und dass diese vor allem als „Coffee Table Books“ für Minister*innen- und Abgeordnetenbüros gedacht sind. Dieses Buch stellt auch deswegen hiervon eine Ausnahme dar, weil es nicht eine lose Ansammlung von Ich-Botschaften, wohlmeinenden Absichtserklärungen und der üblichen Selbstbeweihräucherung ist. Vielmehr lässt es uns verstehen, dass wir schon längst vor der sozialdigitalen Revolution erfasst worden sind. Der Untertitel des Buches spricht davon, „wie die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann“. Die Weitsicht eines führenden SPD-Politikers allein schon zeigt, dass die Partei dazu in der Lage wäre.

Die Digitalisierung der Partei selbst vollzieht sich als Graswurzelbewegung von unten nach oben. Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände haben Arbeitskreise bzw. Arbeitsgemeinschaften gegründet, in denen Zukunftsfragen debattiert und digitale Versuche unternommen werden. Überregionale Zusammenschlüsse wie SPD++ oder Think Tanks wie D64 liefern währenddessen wertvollen Input. Allenthalben setzen die Gliederung eigene Netzwerke ein und versuchen, Parteitage und andere Gremien zu digitalisieren. Nichtsdestoweniger zeigen Studien wie die Aufarbeitung der Bundestagswahl 2017, dass der Partei ein „Modernitätsdefizit“ nachhängt. Das hier besprochene Buch und die Bottom-Up-Digitalisierung der SPD beweisen, dass die Partei Zukunft machen kann.

Thorsten Schäfer-Gümbel

DIE SOZIALDIGITALE REVOLUTION

Wie die SPD Deutschlands Zukunft gestalten kann

Murmann Publishers, 180 Seiten, 20 Euro

ISBN 978-3-8677-45970